

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 888 846 ppbn d  
Telefax: 21 05 64

## Inhalt

Dietrich Stobbe MdB zur  
Entwicklung in der DDR  
und deren Bedeutung für  
Europa: Mit mehr Frei-  
heit kommt mehr Einheit.  
Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB  
zur NATO-Herbsttagung in  
Brüssel: Weiter Sendepause  
für Atomwaffenabrüstung.  
Seite 4

Peter Paul Gantzer MdL zu  
den Äußerungen des Leiten-  
den Ministerialrates Treut-  
lein aus dem Bayerischen  
Wirtschaftsministerium:  
Warme Stube für Kalten  
Krieger.  
Seite 5

44. Jahrgang / 229

29. November 1989

Mit mehr Freiheit kommt mehr Einheit

Zur Entwicklung in der DDR und deren Bedeutung für Europa

Von Dietrich Stobbe MdB

Der im wahrsten Sinne des Wortes bewegende Freiheitskampf der Menschen in der DDR ist Teil einer größeren Entwicklung innerhalb des Warschauer Paktes. Heute wissen wir, daß Gorbatschow einer Transformation des Sicherheitscordons, wie ihn Stalin konzipierte und brutal durchsetzte, nicht nur keine Steine mehr in den Weg legt, sondern sie sogar bewußt fördert.

Von Stalin bis Breschnew war die sowjetische Politik gegenüber den kleineren Warschauer Pakt-Staaten durch vier Kernelemente gekennzeichnet. Erstens durch die Sowjetisierung der Gesellschaften im Sinne des von Moskau definierten politischen und gesellschaftlichen Systems. Zweitens durch die sowjetische Garantie der Monopolstellung der kommunistischen Parteien und ihrer Führungsrolle. Drittens durch die Sicherung der Gesellschaftssysteme sowjetischen Typs mit der Sowjetarmee, notfalls im Wege der Intervention. Viertens durch die Sicherung des territorialen Status quo in Europa mit den sowjetischen Streitkräften.

Drei dieser vier Kernelemente sind inzwischen weggefallen. Polen, Ungarn, die DDR beweisen, die CSSR wird es morgen tun, daß die Sowjetunion heute weder die Aufrechterhaltung des orthodox-sozialistischen Gesellschaftssystems verlangt noch die Aufrechterhaltung der Monopolstellung der osteuropäischen kommunistischen Parteien noch daß sie militärisch interveniert, wenn Veränderungen zum Aufbau eines neuen gesellschaftlichen Systems führen.

Diese Umformung von Stalins Sicherheitsgürtel ist in Moskau einkalkuliert und rational verarbeitet. Die kleineren Warschauer Pakt-Staaten sollen und können eine Brückenfunktion zu den EFTA-Staaten Europas und zur EG hin erhalten. Gorbatschow weiß, daß die westeuropäischen Demokratien gar nicht anders können als den demokratischen Transformationsprozeß in Osteuropa aktiv zu unterstützen, vor allem wirtschaftlich, versündigten sie sich nicht an ihren eigenen Wertvorstellungen. Ein solcher Unterstützungsprozeß liegt heute im sowjetischen Eigeninteresse, weil

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltfreundliche  
aus 100% recyceltem  
Kunststoff-Papier



die Sowjetunion ihren Weg aus der wirtschaftlichen Selbstisolierung finden muß und über eine solche Brücke den wirtschaftlichen Austausch mit dem Westen besser organisieren kann als innerhalb des bestehenden RGW-Systems.

Nach Jahren der Bekämpfung beziehungsweise der kompletten Ignorierung der westeuropäischen Integration bemüht sich die heutige sowjetische Außenpolitik um ein intensives Arbeitsverhältnis mit den europäischen Gemeinschaften. Gorbatschow geht davon aus, daß er den militärischen Ausgleich weiterhin mit der NATO, vor allen Dingen mit den USA suchen muß. Er weiß aber genauso gut, daß die USA ihre führende weltwirtschaftliche Position eingebüßt haben und außerdem in keiner Weise auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im großen Stil vorbereitet sind. Er sucht deshalb Verbindungslinien zur EG.

Durch kluge Analyse der Entwicklungen in Polen und Ungarn und durch Instinkt wissen die Menschen in der DDR, was die gegenwärtige Lage in Europa hergibt. Dem entspricht ihre Konzentration auf die Durchsetzung von politischen und gesellschaftlich-wirtschaftlichen Veränderungen in der DDR selbst. Denn geblieben ist das vierte Kernelement sowjetischer Politik, die Sicherung des territorialen Status Quo, wenn auch erklärtermaßen verbunden mit der Bereitschaft, in Ost-West-Abrüstungsverhandlungen militärische Asymmetrien abzubauen, die Truppenstärken zu reduzieren und die Streitkräfte auf Angriffsunfähigkeit umzustrukturieren. Dieses vierte Kernelement berührt die Frage der deutschen Einheit direkt.

Die Mauer war das brutale Symbol des kalten Krieges, dessen Ende wir jetzt erleben. Aber die Mauer steht auf einer politischen Demarkationslinie, die nicht der kalte Krieg geschaffen hat, sondern der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg. Sie ist eine Folge der Nachkriegsabmachungen zwischen den vier Siegermächten. Diese politische Demarkationslinien in Deutschland bestehen fort. Sie sind auch durch den Freiheitskampf der Menschen in der DDR nicht aufzuheben. Die Forderung Gorbatschows, daß auch eine revolutionär veränderte DDR Teil des Warschauer Paktes bleiben müsse, drückt die Aufrechterhaltung dieses vierten Kernelements sowjetischer Nachkriegspolitik klar und deutlich aus.

Die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Ost und West stößt hier an eine politische Grenze, deren Überwindung jedenfalls nicht jetzt und wenn überhaupt, dann nur in einer noch weiter veränderten europäischen Landschaft möglich erscheint.

In welchem Sinne die Deutschen dann ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen, ob im Sinne einer Aufrechterhaltung von zwei deutschen Staaten, im Sinne einer Konföderation oder im Sinne der Herstellung einer staatlichen deutschen Einheit bis zur Oder-Neiße-Grenze, wird in starkem Maße davon abhängen, welches neue Sicherheitssystem für Europa gefunden wird und ob bis dahin die europäischen Staaten in Ost und West demokratisch und wirtschaft im Sinne einer gesamteuropäischen Integration zusammengewachsen sind.

Ein solcher Prozeß läßt sich heute nicht nur konzeptionell entwerfen, sondern bereits auch aktiv verfolgen. Aber bis zu seiner Vollendung werden Jahre vergehen.

Deshalb konzentrieren sich die Bürger der DDR heute zu Recht auf die Demokratisierung der Deutschen Demokratischen Republik und nicht auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Dabei liegt es auf der Hand, daß mehr Freiheit in der DDR automatisch mehr Einheit der Nation mit sich bringt. Die Reisefreiheit hat es zutiefst bewegend demonstriert. Die zwangsläufig notwendige Vertragsgemeinschaft wird ebenfalls größere Einheit der Deutschen nach sich ziehen, auch wenn sie gar nicht anders konzipiert werden kann als auf der Grundlage von zwei deutschen Staaten.

Berlin muß diese Zusammenhänge erkennen, wenn es sich konzeptionell und praktisch daran macht, die neue Lage zu bewerten. Solange die politische Demarkationslinien in Deutschland bestehen bleiben, gelten auch die Rechte der Alliierten in Bezug auf Deutschland als Ganzes und hinsichtlich Berlins fort. Das gilt auch für das Vier-Mächte-Abkommen. Aber in der praktischen Handhabung Berliner Politik, die auf diesen Rechtsgrundlagen aufbaut, ergeben sich unmittelbare positive Folgen und eine ganze Reihe möglicher Uminterpretationen bestehender Verhältnisse.

Handhabung Berliner Politik, die auf diesen Rechtsgrundlagen aufbaut, ergeben sich unmittelbare positive Folgen und eine ganze Reihe möglicher Uminterpretationen bestehender Verhältnisse.

Die praktische Zusammenarbeit der Westberliner Polizei und der DDR-Sicherheitskräfte an der Mauer zum Beispiel, vor Tagen noch undenkbar, ist heute Realität, obwohl sich an den Rechtsgrundlagen nichts geändert hat.

Die Neuerschließung der kommunalen Zusammenarbeit zwischen beiden Stadtverwaltungen Berlins ist zwingend geboten. Unvorstellbar, daß ihr zukünftig von Seiten der DDR aus Statusgründen Steine in den Weg gelegt werden.

Bestimmte Schieflagen bei der Interpretation des Vier-Mächte-Abkommens könnten bald der Vergangenheit angehören, weil weder die DDR noch die Sowjetunion sie aufrechterhalten können, soll gleichzeitig zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland eine Vertragsgemeinschaft entstehen.

Aber auch die drei westlichen Schutzmächte müssen umgehend mit Überlegungen beginnen, die Handhabung bestimmter Rechtsgrundlagen angesichts der sich anbahnenden und zum Teil auch bereits vollzogenen grundlegenden Veränderungen der neuen Lage anzupassen.

Ein Beispiel mag dafür stehen. Wenn es zu freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlen in der DDR kommt, kann man sich dann noch aus Statusgründen einen Protest der drei Westmächte gegenüber der Sowjetunion und der DDR gegen die Einbeziehung von Berlin (Ost) vorstellen? Und umgekehrt: Wenn es zu freien Wahlen in der DDR kommt, möglicherweise im gleichen Herbst 1990 wie in der Bundesrepublik Deutschland, kann man sich dann vorstellen, daß Berlin (West) seine Vertreter in den Deutschen Bundestag weiterhin durch Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin „entsendet“? Würden die Rechtsgrundlagen des Status von Berlin wirklich ins Wanken geraten, entschlosse man sich hier zu einer Neuinterpretation alliierter Militärbefehle von Ende der 40er Jahre? Warum soll nicht ausgelotet werden, ob eine solche neue Praxis ohne Widerspruch Moskaus zu installieren wäre?

Unsere Stadt hat sich in diesen Tagen als Metropole bewiesen. Sie hat die Augen der Welt auf sich gezogen und Freude, Bewunderung, Staunen und tiefe Bewegtheit ausgelöst. Nun gilt es, diese positive Stimmung des Aufbruchs in der kommenden Zeit zu bewahren, in der uns wieder die ungefösten, aber auch die neuen Probleme bewußter werden.

Berlin kann die Metropole im Herzen Gesamteuropas werden. Politisch als Forum für Ost-West-Begegnungen aller Art und damit Modell für Ost-Westkooperation. Wirtschaftlich im Management des Ost-West-Wirtschaftsverkehrs, dessen Bedeutung geradezu zentral sein wird. Es wird keine Demokratie in Osteuropa auf Dauer wachsen können, wenn Westeuropa sich nicht dauerhaft wirtschaftlich engagiert mit permanenten europäischen Arbeitsstäben für das Management der Umstrukturierungshilfen.

Diese Stäbe gehören genauso nach Berlin wie diejenigen, die sich aus dem Management der Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten ergeben. Kulturell kann Berlin zur Metropole werden - als Ort kreativer Anstöße aus dem Kunst- und Wissenschaftsleben Ost- und Westeuropas.

Berlin hat jetzt seinen Standortvorteil. Es kann zur Dialogstadt schlechthin werden. Gerade wenn wir uns nicht Hauptstadtambitionen im engsten nationalen Sinne verschreiben, sondern Hauptstätte und Symbol des nun möglichen gesamteuropäischen Interessenausgleiches werden wollen, können wir sowohl für Deutschland wie für Europa neue Funktionen übernehmen. Denn: Alle deutschen Fragen können nur europäisch gelöst werden.

Was will Berlin mehr?

(-/29.11.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Weiter Sendepause für Atomwaffenabrüstung

---

Zur NATO-Herbsttagung in Brüssel

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Erneut hat es die NATO-Herbsttagung in Brüssel sorgsam vermieden, über die Abrüstung der Atomwaffen zu sprechen. Dies liegt ganz auf der Linie ihrer früheren Beschlüsse, die der Reduzierung konventioneller Rüstung absolute Priorität gibt und dies mit der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes begründet.

Wenn sich die NATO auf eine möglicherweise noch raschere Reduzierung konventioneller Rüstungen einstellt, dann ist das selbstverständlich zu begrüßen. Dazu gehört auch die Idee, daß sich die USA und die Sowjetunion darauf verständigen, ihre Truppen in Mitteleuropa bis auf einen Restbestand von 100.000 zu reduzieren.

Doch wird der mit der konventionellen Überlegenheit begründete Vorrang der konventionellen Abrüstung von Tag zu Tag grotesker. Die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes ist inzwischen eine Schimäre. Nur noch Phantasten können annehmen, daß der Warschauer Pakt noch politisch und wirtschaftlich in der Lage wäre, einen militärischen Konflikt mit dem Westen zu riskieren. Wahrscheinlicher ist, daß die polnischen, tschechischen und DDR-Truppen die Kommandostöße des Warschauer Paktes besetzen, wenn diese einen Invasionsbefehl geben würden.

Atomare Abrüstungsverhandlungen - parallel zu den Verhandlungen über konventionelle Waffen - sind jetzt überfällig. Je länger die NATO sich solchen Verhandlungen verweigert und an der atomaren Abschreckungspolitik festhält, desto gespenstischer werden die NATO-Tagungen. Es geht jetzt bei atomaren Abrüstungsverhandlungen schon längst nicht mehr allein um den Abbau atomarer Kurzstreckenraketen, sondern um eine Abrüstung aller atomaren Waffenkategorien in Europa.

(-/29.11.1989/va-he/rs)

\* \* \*

Warme Stube für Kalten Krieger

Zu den Äußerungen des Leitenden Ministerialrates Treutlein  
aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium

Von Peter Paul Gantzer MdL  
Mitglied des Bayerischen Landtages

Während Bayerns Wirtschaftsminister Lang die außenwirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere auch die zu den östlichen Nachbarn, als „besonders wichtiges Aufgabengebiet seines Hauses“ betrachtet und „die Chancen der Perestrojka voll ausloten“ will, agiert sein zuständiger Ministerialbeamter als „Kalter Krieger“. Der Leitende Ministerialrat Gerhard Constantin Treutlein, Leiter der Unterabteilung Außenwirtschaft im bayerischen Wirtschaftsministerium, beleidigt Gorbatschow als „Diktator und Tyrannen“ und führt einen Privatkrieg gegen den „tödlichen Weltbolschewismus“, der eine eindeutige Schädigung bayerischer Wirtschaftsinteressen ist und damit gegen die Artikel 63 und 64 des Bayerischen Beamtengesetzes verstößt. In einer Schriftlichen Anfrage habe ich darauf hingewiesen, daß durch die Treutlein-Äußerungen auch der Tatbestand der „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes“ (§ 103 StGB) erfüllt ist.

In meiner Schriftlichen Anfrage beziehe ich mich auf einen Beitrag der Zeitschrift des „Peutinger Collegiums“, des „Bayerischen Monatsspiegels“, das unter der verantwortlichen Chefredaktion von Freda von Stackelberg zweimonatig erscheint. Herausgeber ist das Präsidium des Peutinger Collegiums, einer „Gesellschaft zur Förderung des konstitutionellen Staatsgedankens e.V., Widenmayerstr. 42/0, 8000 München 22“. Präsident des Peutinger Collegiums ist eben jener Leitende Ministerialrat Gerhard Constantin Treutlein, dessen „amtliche Eigenschaft als Leiter der Außenwirtschaft des Freistaates Bayern“ im Beitrag sogar noch ausdrücklich Erwähnung findet. Die Äußerungen, die Treutlein anlässlich des 20jährigen Jubiläums „Mittagskreis des Peutinger Collegiums“ gemacht hat, werden aber auch durch viele Teilnehmer an dieser Feier bezeugt.

Treutlein wird im „Bayerischen Monatsspiegel“ so referiert:

„Der Präsident ging in seiner Jubiläumsansprache auf die geschichtlichen und gesellschaftlichen Inhalte der beiden vergangenen Dazennien ein, die gekennzeichnet sind von einem besonderen Bedürfnis nach einem Konsens der Bürger gegenüber der anhaltenden Zersetzung des - heute unter neuen Masken („Grüne“!) - auftretenden tödlichen Weltbolschewismus. Nachdem dieser nunmehr in unseren Tagen mit dem Diktator und Tyrannen Gorbatschow (unter dem mehr Russen im Gulag schmachten als unter Chruschtschow) den naiven Westen von angeblichen ‚Friedenswünschen‘ und von angeblicher ‚Friedlichkeit und Demokratisierung‘ zu überzeugen versucht, ist die sachliche und objektive Aufklärung wichtiger als je zuvor...“

Die außenpolitische Lage betrachten wir nach wie vor als bedrohlich, so wie dies fast alle westlichen Staatsmänner außerhalb Deutschlands tun. Die Schalmeein Klänge aus dem Osten, erzwungen durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch eines unbrauchbaren und menschenfeindlichen Systems, sind für den Denkenden natürlich eher unheimlich als erfreulich, er teilt die Hoffnung, der bolschewistische Osten würde sich erstmals in der Geschichte an Verträge und Abmachungen halten, nur mit großer Zurückhaltung...

Denn angesichts des Versagens der öffentlichen Information bei den vielfach kryptokommunistischen Media war dies ja eines der Hauptziele der Gründung dieses Informationskreises...“

Die weiteren Ausführungen von Treutlein stehen diesen Aussagen in nichts nach. Gebannt lauschende Zuhörer bei dieser Feier des Peutinger Collegiums - das sich selbst als „Teil der Elite unse-

res Landes" bezeichnet - Treutlein wird als „bedeutender Organisator und Führer aller Peutlinger-Organisationen sowie unermüdlcher und unerschütterlicher Vorkämpfer für bürgerliche Freiheit, für Selbstbestimmung und für den Freiheitsraum des einzelnen" gefeiert - waren unter anderem Ministerialrat Karl Ritter, Ministerialdirigent Dr. Robert Kugler, Ministerialrat und Bankdirektor Josef Eder, Finanzpräsident Freiherr von Imhoff, Leitender Regierungsdirektor Dr. Gottfried Hörmann, Verfassungsgerichtshofpräsident Dr. Leo Parsch, wie die Zeitschrift in Text und Bild dokumentiert.

Auch die Wirtschaft darf nicht fehlen in diesem „privaten Parlament der Einflußreichen“, wie das Peutinger Collegium von der „Süddeutschen Zeitung" apostrophiert wurde: Rechtsanwalt Dr. Günter Brüggemann, Dipl.Ing. Paul-Rubert Roeber (Vorstandsvorsitzender der Deutschen Planungsgesellschaft), Dieter Grass (Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Landesbank), Werkdirektor Dr. Arnulf Brandstetter, Wirtschaftsprüfer Dr. Albrecht von Sicherer.

All diese spendeten offenbar den „großen Beifall der Anwesenden“, über den der „Bayerische Monatsspiegel" berichtet.

Mit den Äußerungen Treutleins sehe ich den Tatbestand der „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes" (§ 103 StGB) erfüllt. Gleichzeitig aber sehe ich schweren Schaden für die bayerischen Wirtschaftsinteressen durch den Mann verursacht, der als Beamter für den Außenhandel zuständig ist. Ich will wissen, ob Treutleins Aussagen jenen „neuen Denkmustern" entsprechen, an die man sich laut Wirtschaftsminister Lang bei den östlichen Nachbarn gewöhnen müsse.

Schließlich sehe ich einen klaren Verstoß gegen die Artikel 63 und 64 des Bayerischen Beamtengesetzes, in denen „politische Betätigung" und „Amtspflichten" der Beamten beschrieben sind. Ich will nun wissen: Ist ein solcher Beamter in einer solchen Stellung noch haltbar, und welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung gegenüber dem Beamten zu treffen? Jetzt sind Wirtschaftsminister Lang, Beamtenminister Tandler und auch der bayerische Ministerpräsident gefordert. Es geht nicht an, daß solche Kalten Krieger in den warmen Stuben des Wirtschaftsministeriums überwintern können und durch öffentliche Aussagen die gemeinsamen politischen Bemühungen in einem zusammenrückenden Europa gefährden - gerade angesichts der Tatsache, daß die Entwicklung im Osten bestimmt keine derart schlimmen Entgleisungen verträgt.

(-/29.11.1989/vo-he/rs)

\* \* \*